

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Sammelnummer 25 241.
Zur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Barmen bei wöchentlich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 14.- M., vierteljährlich 42.- M., halbjährlich 84.- M., jährlich 168.- M. (Postgebühren eingeschlossen).
Anzeigen-Preise. Die erste Spalte 70 Pf. für 10 Zeilen, die zweite 60 Pf., die dritte 50 Pf., die vierte 40 Pf., die fünfte 30 Pf., die sechste 20 Pf., die siebte 15 Pf., die achte 10 Pf., die neunte 8 Pf., die zehnte 6 Pf., die elfte 5 Pf., die zwölfte 4 Pf., die dreizehnte 3 Pf., die vierzehnte 2 Pf., die fünfzehnte 1 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebenzehnte 1 Pf., die achtzehnte 1 Pf., die neunzehnte 1 Pf., die zwanzigste 1 Pf., die einundzwanzigste 1 Pf., die zweiundzwanzigste 1 Pf., die dreiundzwanzigste 1 Pf., die vierundzwanzigste 1 Pf., die fünfundzwanzigste 1 Pf., die sechsundzwanzigste 1 Pf., die siebenundzwanzigste 1 Pf., die achtundzwanzigste 1 Pf., die neunundzwanzigste 1 Pf., die dreißigste 1 Pf., die einunddreißigste 1 Pf., die zweiunddreißigste 1 Pf., die dreiunddreißigste 1 Pf., die vierunddreißigste 1 Pf., die fünfunddreißigste 1 Pf., die sechsunddreißigste 1 Pf., die siebenunddreißigste 1 Pf., die achtunddreißigste 1 Pf., die neununddreißigste 1 Pf., die vierzigste 1 Pf., die einundvierzigste 1 Pf., die zweiundvierzigste 1 Pf., die dreiundvierzigste 1 Pf., die vierundvierzigste 1 Pf., die fünfundvierzigste 1 Pf., die sechsundvierzigste 1 Pf., die siebenundvierzigste 1 Pf., die achtundvierzigste 1 Pf., die neunundvierzigste 1 Pf., die fünfzigste 1 Pf., die einundfünfzigste 1 Pf., die zweiundfünfzigste 1 Pf., die dreiundfünfzigste 1 Pf., die vierundfünfzigste 1 Pf., die fünfundfünfzigste 1 Pf., die sechsundfünfzigste 1 Pf., die siebenundfünfzigste 1 Pf., die achtundfünfzigste 1 Pf., die neunundfünfzigste 1 Pf., die sechzigste 1 Pf., die einundsechzigste 1 Pf., die zweiundsechzigste 1 Pf., die dreiundsechzigste 1 Pf., die vierundsechzigste 1 Pf., die fünfundsechzigste 1 Pf., die sechsundsechzigste 1 Pf., die siebenundsechzigste 1 Pf., die achtundsechzigste 1 Pf., die neunundsechzigste 1 Pf., die siebenzigste 1 Pf., die einundsiebzigste 1 Pf., die zweiundsiebzigste 1 Pf., die dreiundsiebzigste 1 Pf., die vierundsiebzigste 1 Pf., die fünfundsiebzigste 1 Pf., die sechsundsiebzigste 1 Pf., die siebenundsiebzigste 1 Pf., die achtundsiebzigste 1 Pf., die neunundsiebzigste 1 Pf., die achtzigste 1 Pf., die einundachtzigste 1 Pf., die zweiundachtzigste 1 Pf., die dreiundachtzigste 1 Pf., die vierundachtzigste 1 Pf., die fünfundachtzigste 1 Pf., die sechsundachtzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die achtundachtzigste 1 Pf., die neunundachtzigste 1 Pf., die neunzigste 1 Pf., die einundneunzigste 1 Pf., die zweiundneunzigste 1 Pf., die dreiundneunzigste 1 Pf., die vierundneunzigste 1 Pf., die fünfundneunzigste 1 Pf., die sechsundneunzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die achtundneunzigste 1 Pf., die neunundneunzigste 1 Pf., die hundertste 1 Pf., die einhundertste 1 Pf., die zweihundertste 1 Pf., die dreihundertste 1 Pf., die vierhundertste 1 Pf., die fünfhundertste 1 Pf., die sechshundertste 1 Pf., die siebenhundertste 1 Pf., die achthundertste 1 Pf., die neunhundertste 1 Pf., die tausendste 1 Pf.

Schriftleitung und Druckerei: Nachrichten Dresden.
Martenstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Kloppe & Neidhardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Der Reichswirtschaftsrat über Genua.

Erörterungen über die zu behandelnden Fragen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Berlin, 2. März. Im Reparationsauschuss des Reichswirtschaftsrats, der, wie wir bereits gemeldet haben, gestern zusammentrat, wurden die auf der Konferenz in Genua zu behandelnden Fragen erörtert. Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Fischer erklärte u. a.: Die eigentlichen Ursachen der in der ganzen Welt verbreiteten drückenden Arbeitslosigkeit — es werden 8 bis 10 Millionen Arbeitslose geschätzt — seien in dem Niedergang des östlichen Europas als Produktions- und Konsumtionsgebiet, in der Zerschlagung Europas und dem daraus folgenden Erschwerung des internationalen Handelsverkehrs und schließlich in der aus dem Kriege folgenden internationalen Beschränkung zu sehen. Mit diesen drei Grundfragen müssen sich die deutschen Vorschläge für die Verhandlungen in Genua hauptsächlich beschäftigen, da eine Diskussion der Friedensverträge ausgeschlossen sei.

Geheimrat Dr. Fischer gab einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der Industrie und ihre Verknüpfung der Weltwirtschaft und der staatlichen Finanzverwaltung. Die Wertminderung habe bewirkt, dass die industriellen Betriebe ihre Betriebsmittel nicht auf der Höhe halten könnten, die für eine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf die Dauer notwendig ist. Das notwendige Produktionskapital überwiege häufig das Anlagekapital, so dass eine schwankende Konsumtion die Interessen gefährde. Um den Ausfallrisiko der ganzen Wirtschaft zu beseitigen, sei die Stabilisierung der Währung notwendig, die zugleich den Zwang annehme, die Produktionsmittel auf die möglichst technische Höhe zu bringen, weil dann nur noch die Qualität einer Ware ihre Exportfähigkeit verbürge. Die kurz zurückgegangene Konsumtion müsse durch Schaffung neuer Aufgaben für die Produktion gewendet werden. Von diesem Gesichtspunkt aus sei der Wiederaufbau des Auslandes, fernher der des Verkehrswesens sowohl in Deutschland selbst als in Europa überhaupt zu betrachten.

Nach längerer Erörterung wurde beschlossen, zu den für Deutschland besonders in Betracht kommenden Punkten der Genuaer Tagesordnung besondere Gutachten einzufordern, und zwar zu den Finanzfragen, zu den Wirtschafts- und Handelsfragen und den Transportfragen. Die einzelnen Gutachten werden dann vom Reparationsauschuss aufbereitet werden.

Russische Vorherrschaft über Genua.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Moskau, 2. März. Die Vorherrschaft der Vertreter sämtlicher Republiken der Sowjet-Revolution in Russland übertrug der russischen Sowjet-Revolution die Vertretung der Interessen sämtlicher federativer Republiken auf der Genuaer Konferenz. Der russischen Sowjet-Revolution steht das Recht zu, im Namen der von ihr vertretenen Sowjet-Republiken jeden auf der Konferenz ausgearbeiteten Akt und alle unmittelbar oder mittelbar mit dieser Konferenz verbundenen internationalen Verträge zu unterzeichnen.

Neue Krise im italienischen Kabinett.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Rom, 2. März. Infolge Unstimmigkeiten bei der Ernennung der Unterstaatssekretäre ist der Demokrat Colonna di Ciario als Post- und Telegraphenminister zurückgetreten. Colonna bezieht den Rücktritt mit der Ernennung der Volkspartei in die Wahl der Unterstaatssekretäre. Andere bestritten, Colonna sei zurückgetreten, weil sein größter Gegner bei den Wahlen in Sizilien, der Katholik Cassina, Unterstaatssekretär wurde. Die Krise scheint sich weiter auszudehnen und wieder Aufnahme zu finden, da auch andere demokratische Minister gegen den überwiegenden Einfluss der Katholiken im Kabinett de Facto protestieren und sich ein großer Teil der Demokratischen Partei mit Colonna solidarisch erklärt, der vor dem Sturz Bonomi für die Gruppe der Demokraten die jährliche Oppositionsrede gegen die vorangegangene Regierung gehalten hatte.

Nach einer Pariser Meldung soll Bonomi beabsichtigen, noch vor der Konferenz von Genua mit dem italienischen Ministerpräsidenten de Facto zusammenzutreffen.

Aufschub der Sachverständigenkonferenz.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Rom, 2. März. Der neue italienische Außenminister Schanzer hat in seiner Unterredung mit Bonomi am Dienstag um einen kurzen Aufschub der Zusammenkunft der sachverständigen Finanzminister, die für den 3. März geplant war, gebittet, da an diesem Tage die italienische Kammer eröffnet werden soll. Bei der halbständigen Unterredung unterrichtete Bonomi Schanzer von seiner Unterredung mit Lloyd George.

Italien beantragt den Zusammenritt des Obersten Rates.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Paris, 2. März. Der „Times“ meldet aus Rom: Die neue italienische Regierung hat den Zusammenritt des Obersten Rates beantragt. In der italienischen Note heißt es, der Zusammenritt erweise notwendig die Hebung der schwebenden Wirtschaftsverhältnisse, der Reparationsfrage, der Frage der deutschen Kriegsschuldigenprozedur und der Vorbereitung zur Genua-Konferenz.

Lloyd Georges Rücktrittsandrohung.

Paris, 2. März. Eine Londoner Meldung hat erwidert, dass Lloyd George dem französischen Premierminister einen Brief überreichte, in dem er ihm mit-

Dollar 239 3/4.

Der Dollar trat im Laufe des heutigen Donnerstags wieder eine starke Anstiegsbewegung an. Während sich die gestrige amtliche Notiz auf 230 stellte, legte der Preisverkehr heute morgen mit einem Kurse von 232 1/2 ein, um dann bis zu einem mittags amtlich notierten Wert von 239 3/4 zu steigen. Am Freitagverkehr stellte sich jedoch der Kurs bereits nach etwas höher.

720 Millionen Goldmark im Jahre 1922.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Genf, 2. März. „Echo de Paris“ meldet, dass die deutsche Regierung den Vorschlag der Reparationskommission, die deutschen Goldzahlungen für 1922 auf 720 Millionen Goldmark festzusetzen, bereits akzeptiert habe. Das sei der Erfolg der Vertreter der Kommission, die unter Führung des Belgiers Demelman 14 Tage lang in Berlin verhandelt habe. Der Bericht der Reparationskommission an die alliierten Finanzminister werde in der bevorstehenden Freitag-Sitzung formuliert werden.

Der wahre Zweck des Abkommens von Boulogne.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Paris, 2. März. Die „Wall Street“ meldet aus Paris: Von dem ich bereits im „Echo de Paris“ erwiderte das Abkommen von Boulogne als ersten Schritt, die Sanftmütigen gegen Deutschland anzuführen, die Sanftmütigen jedoch, er habe immer nur so lange an den guten Willen der Deutschen geglaubt, als der ihnen abhandelt geblieben habe. Er habe nun das Boulogner Abkommen niemals als Gegenkommunismus Deutschlands aufgeführt, sondern als Wirkung der Vondener Beschlüsse.

Notizdem, 2. März. „Morning Post“ meldet: Lloyd George hat es abgelehnt, im Unterhaus Erklärungen über die Boulogner Konferenz abzugeben. Der Premierminister erwiderte auf eine Anfrage, dass die abschließenden Verhandlungen sich in der in Paris zusammenzutretenden Finanzministerkonferenz erledigen würden. Was darin für eine über den vertraulichen Charakter der Konferenz nicht weiter mitteilen, als was durch die beiden Agenturen gemeldet worden ist.

Keine Befugnisserweiterung der Garantief Kommission.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
London, 2. März. Wie die Vondener Blätter erfahren, sind auf Grund der Versicherungen von Boulogne noch keine Befugnisse zu erwarten, wonach der Garantief Kommission weitere Befugnisse zuerkannt werden sollen, um die deutschen Staatsfinanzen zu kontrollieren. Auch der Reparationskommission werden vor der Genuaer Konferenz ebenfalls keine Befugnisse wegen der Festhaltung der deutschen Entschädigungsabnahmen übertragen werden. Die in Boulogne angesprochenen Fragen sollen jedoch durch die beiderseitigen Diplomaten weiter verhandelt werden, da man jetzt die Grundlagen eines Programms gefunden hat.

Russland und die Verhandlungen mit Rumänien.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Warschau, 2. März. In einer Unterredung mit dem Vertreter der rumänischen Telegrammagentur erklärte der Warschauer Sowjetlanddeputierte, dass die Schuld am Misserfolge der russisch-rumänischen Verhandlungen nicht die Sowjetregierung trage, die schlecht gewesen sei, alle Fragen zu lösen, die beide Parteien interessierten, während Rumänien eine einseitige Entscheidung z. B. in Sachen des Wostok beständlichen rumänischen Goldschates unter Vertretung der russischen Fragen durchzuführen verweigert habe. Die Sowjetregierung bestrichte Rumänien als russisches Territorium, das freiwillig von der rumänischen Armee okkupiert ist.

Auf der Genuaer Konferenz würde es sich um zwei Parteien handeln: Rumänien und die übrigen Staaten. Von Rumänien würde in vielen Fällen das Sozial der zu erörternden Fragen abhängen. Die Haltung Rumänien und Rumänien, die es abgelehnt hätten, mit Sowjetland vor der Genuaer Konferenz ins Einvernehmen zu treten, würde zur Folge haben, dass die Sowjetregierung sich in den jene Länder betreffenden Fragen abweisend verhalten wird, während sie unter anderen Umständen einen ähnlichen Standpunkt hätte einnehmen können.

Polnische Anleiheverhandlungen in Paris.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Warschau, 2. März. Der Delegierte des polnischen Finanzministeriums, Abgeordneter Kozłowski, weilt zurzeit in Paris, um mit französischen Finanzministern wegen einer Anleihe für Polen zu verhandeln. Die bedeutendste Gruppe der Pariser Banken soll, wie Warschauer Blätter zu melden wissen, die Erklärung abgegeben haben, dass sie bereit ist, innerhalb eines Jahres eine Milliarde Franken in einer polnischen Anleihe anzulegen, sofern diese durch die französische Regierung garantiert würde.

Wie gebe ich meine Steuer-Erklärung ab?

Anfang Februar dieses Jahres haben die Finanzämter die öffentliche Aufforderung zur Einkommensteuer-Erklärung an alle diejenigen erlassen, die ein steuerbares Einkommen von mehr als 21000 M. im Kalenderjahr 1921 gehabt haben. Den meisten Steuerpflichtigen ist inzwischen das Steuererklärungsformular zugehakt worden. Wo es bisher nicht geschehen sein sollte, ist der Steuerpflichtige falls auch der Selbstbetrieiber, der im Kalenderjahr 1921 ein Einkommen von mehr als 21000 M. bezogen hat, gut, sich bei der zuständigen Steuerbehörde um das Formular zu bemühen. Das Formular für die Steuererklärung ist spätestens bis zum 15. März 1922 dem zuständigen Finanzamt ausgefüllt und eigenhändig unterschrieben wieder einzuliefern. Auch die mündliche Abgabe der Steuererklärung vor dem Finanzamt ist zulässig.

In dem Formular ist eine genaue Erklärung darüber abzugeben, wie hoch sich das steuerpflichtige Jahreseinkommen einschließlich des Einkommens der zur Unterhaltung zehnjährigen minderjährigen Kinder und der in der Haushaltung lebenden Ehefrau aus diesen einzelnen Steuerarten im Kalenderjahr 1921 belaufen hat, wobei zu bemerken ist, daß zum steuerbaren Einkommen alle Einkünfte aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Arbeit und sonstigen Einnahmen ohne Rücksicht darauf gehören, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende Einkünfte handelt. Angzugeben ist das Einkommen des im ganzen Kalenderjahr 1921 tatsächlich bezogenen. Von dem daraus durch die Steuerbehörde ermittelten Jahressteuerbetrag werden nur drei Viertel Jahresbeträge für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Dezember 1921 erhoben, weil das bisher mit dem 3. März ablaufende Rechnungsjahr von Ende 1921 ab mit dem Kalenderjahr zusammengelegt ist.

Bei Abgabe der Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr 1921 ist es für den Steuerpflichtigen wichtig zu wissen, daß nach Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. Dezember 1921 die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 noch nach den bisherigen Vorschriften berechnet wird; es kommt also nach der alten Steuerart (vom 21. März 1921) zur Anwendung. Die Bestimmungen der Novelle vom 20. Dezember 1921 sind im Tarif treten erst für die Anfang 1922 vorzunehmende Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 in Kraft.

Im einzelnen bedient diese Anwendung der bisherigen Bestimmungen, daß z. B. bei der diesjährigen Veranlagung Einkommensteuerverpflichtigen nur insofern abgabenfähig sind, als sie den Betrag von 1000 Mark nicht übersteigen. Dieser und noch die bisherigen Vorschriften über die Ermäßigung der Steuer wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (§ 2 des Gesetzes) ungeändert. Ermäßigung der Einkommensteuer wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (außergewöhnliche Belastung des Steuerpflichtigen durch Krankheit und Erziehung der Kinder, durch Verschuldung zum Unterhalte mütterlicher Angehöriger, durch Strafbuß, Altersverlängerung, Verarmung, Unglücksfälle oder durch besondere Rückschläge im Haushalt infolge eines Vermögensrückfalls der Ehefrau) kann also für 1921 nur bis zu einem Einkommen von nicht mehr als 21000 Mark angewandt werden. Die Berechnung der im Kalenderjahr erzielten Kapitalertragsteuer kann nur bis zu einem steuerbaren Einkommen von 14000 Mark erfolgen und zwar nur, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt, oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert ist, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten und wenn das steuerbare Einkommen hauptsächlich aus Kapitaleinkommen und Wertpapieren, Anwartschaften, Renten- und Waisenpensionen, Beamtenpensionen und ähnlichen besteht.

In den Fragen des Steuererklärungsformuläres nach der Zusammenlegung der Einkünfte ist als besonders wichtig hervorzuheben:

1. Zum Einkommen aus Grundbesitz.
a) Beim Besitz mehrerer Grundstücke empfiehlt es sich, die Angaben für die einzelnen Grundstücke zu trennen.
b) Beachtet sind im Interesse einer vereinfachten Berechnung von den Landesfinanzämtern Pauschalsätze festgelegt worden, die nach Wahl des Steuerpflichtigen an die Stelle der Einzelberechnung treten, zum Beispiel für Groß-Berlin 20 Prozent des Brutto-Wertbetrages von Normalgrundstücken für alle Umfassen und Reparaturen, sowie Abnutzungen. (Es wird zweckmäßig sein, sich bei dem zuständigen Finanzamt vor Abgabe der Steuererklärung nach dem Bestehen solcher Pauschalsätze zu erkundigen.)

2. Zum Einkommen aus Arbeit.
Beim Einkommen aus Arbeit ist in diesem Jahre unter Ziffer 4 des Formulars die besondere Frage nach dem Betrag von Dienstaufwandsentschädigungen gestellt worden. Es hat sich für die Steuerbehörde als notwendig erwiesen, den tatsächlichen Betrag des Dienstaufwands zu erfahren. Steuerpflichtige sind alle in Form von Dienstaufwand und ähnlichen Entschädigungen gemäßen Betrag, soweit sie den erforderlichen Aufwand übersteigen. Die Nachprüfung beim der Steuerbehörde auf Grund der von dem Steuerpflichtigen gemachten Angaben überlassen.

Die Verantwortung der Frage nach den Spekulationsgewinnen siehe Erörterungen zu Ziffer 5 des Formulars ist ein vielumstrittenes Gebiet. Ueber das, was als „Spekulationsgewinn“ anzusehen ist, spricht sich das Gesetz selbst nicht eindeutig aus, das es nicht verschieden ausgelegt werden könnte. Auf jeden Fall müssen nach dem neuen Formular alle Verkäufe von Wertpapieren, Renten, ausländischen Zahlungsmitteln einzeln angegeben werden unter Einwirkung des Tages des Erwerbes, des Kaufpreises, und zwar auch dann, wenn die Gewinne von dem Steuerpflichtigen nicht für Spekulationsgewinne gehalten werden, sondern für Kapitalerträge, die er mit eigenen Mitteln und nicht unter Annahmehilfe von Bankkredit durch Ankauf von Wertpapieren vorgenommen hat.